

z. d. H. - RegenerEuropa-Rede Bundeskanzler Helmut Schmidt

W. J. 1979

vom 4. Mai 1979

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Hamburger und liebe Freunde,

zunächst eine Bemerkung an die Adresse der
Bürgerinnen und Bürger hier auf dem Platz;
zwei Bemerkungen.

Erstens herzlichen Glückwunsch an die, die
schlau genug waren, einen Regenschirm mitzu-
bringen. Und zweitens Respekt und Anerkennung
für die, die ohne Regenschirm trotzdem hier aus-
harren. Herzlichen Dank dafür!

Ich möchte zunächst ein Wort sagen zu meinem
Freunde Jörgensen. Alles, was der däni-
sche Ministerpräsident eben zu uns Hamburgern
und zu uns Deutschen gesagt hat, das kann ich mit
sehr gutem Gewissen unterschreiben. Insbesondere
auch, daß wir, die Dänen und die Deutschen und
die Holländer und wie wir alle heißen, daß wir
in der europäischen Gemeinschaft ja nicht unsere
nationale Eigenart, unsere nationale Identität,
hat Jörgensen gesagt, die wollen wir nicht
aufgeben. Aber wir wollen uns enger zusamen-
schließen; wir wollen uns gegenseitig helfen, und
die Dänen und die Deutschen, die gehören ja nun
beide zu denjenigen in Europa, denen es am besten

geht, die die höchsten Gehälter haben und die höchsten Löhne und die höchsten Renten, die Dänen außerdem noch den besten Schnaps. Ich sehe.....ja, ja, Du hast da einen falschen, das ist kein Alborger(?), den Du da hast. Aber ich habe vom Alborger geredet.

Ich möchte den Hamburgern sagen, daß ich mit Jörgensen seit einer Reihe von Jahren herzlich befreundet bin und daß wir gemeinsam in der europäischen Gemeinschaft schon in mancher Frage am selben Strang gezogen haben, und zwar am richtigen Ende des selben Taus.

Die Europäische Gemeinschaft, das sind 260 Mio Menschen, genauso viel wie in der Sowjetunion, sogar noch ein bißchen mehr als die Vereinigten Staaten von Amerika, ein sehr großer industrieller und landwirtschaftlicher Markt, und viele unserer wirtschaftlichen Zukunftsfragen hier war von der Vollbeschäftigung die Rede; es könnte auch die Rede sein von der Landwirtschaft, von der Energieversorgung, vom Umweltschutz, vom Ausbildungswesen, viele dieser Fragen können wir nur gemeinsam und gemeinschaftlich bewältigen.

Dänemark wie auch Deutschland, wir haben beide schon bisher eine ganze Menge Vorteile gezogen aus der Tatsache dieser europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, aber nun wird es Zeit, daß diese

Wirtschaftsgemeinschaft auch einen gemeinsamen politischen Charakter entwickelt. Die Ministerräte in Brüssel, die Kommission in Brüssel, die brauchen eine demokratische Legitimation und Kontrolle. Es ist ein weiter Weg in allen Gegenden der Welt bis hin zu echten, voll ausgebauten parlamentarischen Befugnissen, aber man muß den Weg anfangen und schrittweise weitergehen.

Wir Sozialdemokraten haben Erfahrung in schrittweiser Entwicklung. Hundert Jahre trennen uns von Bismarcks Gesetz gegen die Sozialdemokraten, von Bismarcks Sozialistengesetz, und seitdem ungefähr hundert Jahre was Du meinst, ist seit der Gründung der SPD, das war noch ein bißchen früher, und seitdem haben wir schrittweise an Vertrauen gewonnen in unserem Volk, schrittweise haben wir Wähler dazu gewonnen bis hin zu dem Stadium, daß wir seit zehn Jahren erreicht haben in der Bundesrepublik, daß es zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, daß Sozialdemokraten das Land besser regieren können, als solche Leute wie Kohl und Strauss.

Die Hamburger haben das schon ein bißchen früher gewußt, daß Männer wie Brauer und Nevermann und Weichmann die Stadt Hamburg ein bißchen besser regieren können als die von der anderen Feldpostnummer.

Und nun kommt es darauf an, daß wir alle dazu beitragen, dieses Wissen auch wieder zu berücksichtigen, wenn das Europäische Parlament zum ersten Mal in der europäischen Geschichte gewählt wird. Gleichzeitig in Dänemark und in Deutschland und in Holland und in Belgien, in Luxemburg, in Irland, in England, in Frankreich und in Italien.

Ich bin sehr stolz darauf, daß ich daran habe mitwirken dürfen, endlich diesen Beschluß zu gemeinsamen Wahlen zustande zu bringen, aber nun kommt das Schwierigere, nun muß sich zeigen, ob wir auch in all diesen neuen Staaten Europas als Wähler diese Verantwortung richtig erkennen. Europa muß ja als Ganzes einen ähnlichen Weg nehmen, wie ihn Dänemark genommen hat oder wie wir ihn genommen haben; einen Weg der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen weder, daß die Kapitalisten Europa regieren noch wollen wir eine Diktatur durch eine einzige kommunistische Partei. Wir wollen weder das eine Extrem noch das andere Extrem. Wir wollen weder eine Diktatur des Geldes, eine Diktatur der Reichen und der Rabiaten, noch wollen wir eine Diktatur einer kommunistischen Partei; Parteibürokratie. Sondern was wir brauchen, ist eine Europa, in dem die Menschen frei sind, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, ein

Europa, in dem soziale Gerechtigkeit herrscht, und da ist in manchen Teilen Europas noch vieles nachzuholen, und wir wollen ein Europa der Solidarität, wo einer dem anderen hilft, ein Land dem anderen hilft.

Das heißt nicht, daß die Dänen oder daß wir Deutschen oder daß die anderen Völker das, was sie bei sich zu Hause geschaffen haben, daß sie das aufgeben werden; um Gottes willen, das werden wir nicht, aber wir werden einer vom anderen lernen.

Ich habe zum Beispiel im Laufe meines Lebens vieles gelernt von der skandinavischen Gewerkschaftsbewegung. Jörgensen, ehe er Ministerpräsident in Dänemark wurde, war der Vorsitzende der dänischen Gewerkschaftsbewegung. Und wenn ich das hier einmal ganz deutlich sagen darf: wenn überall in Europa, auch im Süden, auch im Westen, ein so gutes inneres gegenseitiges Verständnis herrscht zwischen Regierungen und den Organisationen der Arbeitnehmer, den Gewerkschaften, wie in Dänemark, in Kopenhagen, und wie in Bonn, dann wäre mancher Arbeitnehmer in Europa besser dran, als er es heute ist.

Ich habe Jörgensen auch zu danken für seine Mitwirkung bei der Schaffung des europäischen Währungssystems, das vor ein paar Wochen in Kraft getreten ist. Er war der Gastgeber in

einem kleinem Haus in einem Vorort von Kopenhagen, wo die Ministerpräsidenten Europas sich auf dieses Ziel verständigt haben. Mancher in der CDU hier in Deutschland hat skeptisch sich geäußert, kritisch, das sei ein Risiko; natürlich ist das ein Risiko, wer nicht wagt, der nicht gewinnt, sagt man in Deutschland. Wenn wir nicht bereit sind, auch ein Risiko Europas wegen auf uns zu nehmen, dann kriegen wir nichts zustande. Es ist auch ein Risiko, was wir unternehmen, gemeinsam unternehmen, in der internationalen Politik.

Wir streben gemeinsam nach einer Stabilität der Entspannungspolitik in Europa. Ich bin eben vor einer Stunde aus einem kommunistischen Lande aus dem Balkan zurückgekommen, aus Bulgarien, sicher, das Gesellschaftssystem, das die Kommunisten in Bulgarien errichtet haben, das wollen wir nicht bei uns; eine Partei, und sonst hat niemand zu sagen. Aber wir wollen gemeinsam mit den kommunistischen Regierungen, ob Bulgarien oder Ungarn, Jugoslawien oder Rumänien, Tschechoslowakei oder DDR, Polen oder Sowjetunion, wir wollen gemeinsam mit ihnen dafür sorgen, daß keine Konflikte entstehen, aus denen ein Dritter Weltkrieg ausbrechen könnte.

Und dies ist in der Tat ein ganz besonderer Beitrag der deutschen Sozialdemokraten, und so habe ich auch Jörgensen vorhin verstanden, der sich wünscht, daß hier in Deutschland bei den europäischen Wahlen die Sozialdemokraten obsiegen sollen, denn unsere innenpolitischen Gegner hier in Deutschland, die haben die Entspannungspolitik, die von Willy Brandt über Walter Scheel bis auf den heutigen Tag durch Genscher und mich verfolgt wird, unsere innenpolitischen Gegner haben diese Entspannungspolitik immer nur abgelehnt, haben sie immer nur schlecht gemacht. Und wenn ich lese auf den Plakaten und höre, was Herr Strauss sagt, daß es angeblich bei dieser Wahl darum geht, ob Europa von Sozialisten regiert wird, ob es sozialistisch wird, oder ob es stattdessen frei bleibt, Sozialismus oder Freiheit sagen die, welch unerhörte Anmaßung gegenüber den skandinavischen Staaten, die seit drei, vier Jahrzehnten von Sozialdemokraten regiert werden. Welch eine Selbstüberheblichkeit, wenn Herr Strauss als bayrischer Ministerpräsident oder Herr Stoltenberg als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident uns einreden wollen, daß in Schleswig-Holstein oder in Bayern mehr Freiheit

herrsche als in Jörgens' Dänemark!

Welch' unerhörte Anmaßung!

Ich will deutlich sagen, daß zu der Entspannungspolitik, die wir gemeinsam führen, natürlich gehört, daß wir uns auf die beiden Säulen stützen, auf die europäische Gemeinschaft, die sich im nächsten Monat ihr Parlament wählen wird, sowohl als auch auf das Verteidigungsbündnis, dem wir gemeinsam angehören; Dänemark genauso wie die Bundesrepublik Deutschland.

Wir arbeiten auch ansonsten in der Außenpolitik gut zusammen in zunehmender Weise, nicht nur gegenüber den Staaten Osteuropas und gegenüber der Sowjetunion, auch gegenüber den Konfliktherden im arabisch-israelischen Raum, in Süd-Ost-Asien, in Afrika und gegenüber den sich entwickelnden Völkern der ganzen Welt.

Die europäische Gemeinschaft hat als erste und bisher einzige auf der Welt mit 50 Entwicklungsländern ein Abkommen geschlossen. Im Augenblick verhandeln wir über ein noch besseres Abkommen, das das erste ersetzen soll, mit Hilfe dessen die Exporte oder das, was die Entwicklungsländer verdienen an ihren Exporten, was sie verdienen an ihrem Zucker, den sie exportieren müssen, oder an ihrer Baumwolle, an den sonstigen tropischen und subtropischen Produkten, von deren Export sie leben, daß diese Entwicklungsländer dafür

nicht jedes Jahr verschieden viel verdienen, einmal genug und einmal, wenn es eine Krise gibt am Weltmarkt, sehr viel weniger, und dann sind sie plötzlich auf dem trockenen.

Wir haben ihnen die Exporterlöse stabilisiert, und ich glaube, daß dies der Weg ist, auf dem wir gemeinsam fortschreiten müssen.

Vielleicht soll ich noch etwas sagen zu den Parteien, die für das Europäische Parlament hier miteinander im Wettbewerb stehen.

Ich sehe keinen Nachteil darin, kein Unglück, wenn etwa die deutschen Christdemokraten in Zukunft in Straßburg und in Luxemburg mit italienischen Kommunisten debattieren müssen. Ich meine, hier bei uns in Deutschland werden ja keine Kommunisten gewählt werden; hier hat ja jeder die Nase voll, aber es gibt andere Länder, da werden sie gewählt werden. Ich halte das nicht für ein Unglück. Es wird sich dann ja herausstellen, worin die Differenzen liegen. Es wird sich übrigens auch herausstellen, was Anker(?) und ich schon wissen, daß Christdemokraten aus anderen europäischen Ländern mit dem Herrn Strauss nichts zu tun haben wollen. Das wird dann noch peinliche Situationen geben, aber das müssen sie dann selbst ausbaden, das ist nicht unser Bier.

Ich will in dem gleichen Zusammenhang unterstreichen, was mein Freund Hans-Joachim Seeler vorhin als erster Sprecher über einen deutschen CSU-Kandidaten gesagt hat, der da nach Straßburg gewählt werden möchte. Ich will das ganz deutlich sagen: Europa ist kein Abschiebegleis für den abgetakelten Hochadel. Dieser Mensch hat empfohlen, für Notzeiten müßten alle Gesetze außer Kraft treten, ein einziger Mann müsse die ganze Gewalt ausüben; ich kann nur sagen, dieser Otto von Habsburg, der hat sie nicht alle. Ich kann aber auch seinem Parteivorsitzenden, dem Herrn Strauss, nicht zustimmen, wenn der gesagt hat, der liebe Gott sei kein Sozialist, denn er hätte die Menschen ungleich geschaffen und deshalb habe es auch keinen Sinn von Chancengleichheit zu reden. Ich denke mit dem Kopf und fühle vom Herzen her, daß nichts wichtiger ist als Gleichheit der Chancen für alle Menschen in Deutschland und in Europa!

Und es ist besonders wichtig, überall Gleichheit der Chancen auch herzustellen für die Frauen.

Frau, die vorhin zu Ihnen sprach, ist eine von diesen politisch engagierten Frauen, von denen wir in Deutschlands und Europas Parlamenten noch einige mehr gebrauchen würden.

Und ich will an dieser Stelle noch etwas einfügen, was mit der europäischen Wahl nichts zu tun

hat und was ich überall, in jeder öffentlichen Rede sage. Im Sommer kommt ja wieder die Zeit, wo die jungen Leute aus der Schule kommen, und heute wird in vielen Familien schon darüber geredet, was die Jungs denn lernen sollen, und da wird schon, ob es hier eine Lehrstelle gibt oder da eine Lehrstelle, man rennt herum, es gibt Handwerksmeister, die sich Mühe geben, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, und die Handwerkskammer und die Handelskammer, es gibt viele Betriebsräte und Personalräte, die sich Mühe geben, in ihren Unternehmen zusätzliche Lehrstellen zu schaffen, und die meisten der Jungs, die wirklich wollen, die kriegen auch eine Lehrstelle, aber ich wende mich auch an die Mütter und an die Großmütter und an die Tanten, aber in Wirklichkeit auch an die Väter. Bitte kümmern Sie sich mit derselben Sorgfalt darum, daß auch Ihre Töchter eine Lehrstelle kriegen. Es wird nämlich nie etwas mit der Gleichberechtigung der Frauen, wenn an den 15jährigen Mädchen gesündigt wird, weil man sagt, die braucht nichts zu lernen, die heiratet ja doch. Die meisten von ihnen können sich das ganze Leben von diesen Fehlern nachher nicht mehr erholen. Und wenn wir für Gleichheit der Chancen sind in Europa, dann heißt das insbeson-

dere auch, daß wir den bewußten Vertretern der Arbeitnehmerschaft, nämlich den Gewerkschaftern, einen Platz geben müssen im europäischen Parlament, so, wie wir Sozialdemokraten das auch im Bundestag getan haben. Ich finde es unerhört, daß konservative und reaktionäre Kräfte hier in Europa das kritisieren und sich darüber lustig machen, daß auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hervorragende Vertreter der deutschen Gewerkschaftsbewegung kandidieren für das Europäische Parlament. Wenn aus allen europäischen Ländern hervorragende Gewerkschaftsvertreter dort in Straßburg zusammenkämen, dann wäre noch besser Gewähr dafür gegeben, daß dies weder ein Europa wird, in dem das große Geld zu sagen hat, noch daß es ein Europa wird, in dem die Gewerkschaften unterjocht werden durch die Einparteiendiktatur einer einzigen Partei.

Wir Sozialdemokraten sind unter den politischen Parteien Deutschlands diejenigen, die am längsten für eine europäische Vereinigung eingetreten sind. Im Jahre 1925, das war das Jahr, wo ich zur Schule kam, zwischen den beiden Weltkriegen, da haben die deutschen Sozialdemokraten die damals für die Politik meiner Partei ver-

antwortlich waren, die damaligen Delegierten eines Reichsparteitages, die haben damals die Vereinigten Staaten von Europa in das damalige Sozialdemokratische Parteiprogramm schon hineingeschrieben. Sonst hat es niemanden in Deutschland gegeben, keine politische Partei, die sich dafür eingesetzt hat. Heute treten wir nicht ein für die Vereinigten Staaten von Europa, aber für eine Gemeinschaft, die sich demokratisch selbst steuert, von neun Staaten, von neun Völkern, wie Jörgensen gesagt hat, und es werden ja demnächst die Griechen hinzukommen und, wie wir hoffen und wofür wir uns Mühe geben, auch die Spanier und auch die Portugiesen, dann werden es zwölf Völker sein.

Ich habe ein Wort gesagt über Frau, die eine Reihe von Büchern geschrieben hat über europäische Probleme. Sie ist von Beruf in der Finanzverwaltung. Sie schreibt nicht nur Bücher theoretisch, sondern sie hat auch praktische Fähigkeiten und Kenntnisse, so etwas wird gebraucht im Europäischen Parlament. Ich möchte dasselbe erst recht sagen für unseren Hamburgischen Spitzenkandidaten, für meinen Freund Joachim Seeler, der lange Jahre hier im Senat gute Arbeit geleistet hat, der als Finanzsenator solide Finanzen in dieser Staat seinem Nachfolger hat

übergeben dürfen, ein Mann der sachlichen Arbeit, der Sprüche klopft, ein Mann, auf den man sich verlassen kann.

Sie sind gut beraten, verehrte Damen und Herren, liebe Freunde, gut beraten, wenn Sie solchen Menschen Ihre Stimme geben werden, aber Sie haben noch ein paar Wochen Zeit, sich das zu überlegen. Keiner muß sich heute nachmittag auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz überreden lassen. Im Gegenteil: ich bitte herzlich darum, daß Sie sich das überlegen und daß Sie möglichst viele Kolleginnen und Kollegen im Büro oder in der Fabrik, Kameraden im Turnverein oder im Sportverein, Gartenachbarn in der Kleingartenkolonie, daß Sie möglichst viele Leute dazu kriegen mitzudenken und dann mitzutun.

Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit!